

SuS05 Anpassung - Satzung von Bündnis 90/Die Grünen KV Rotenburg Wümme

Gremium:	Vorstand
Beschlussdatum:	24.11.2019
Tagesordnungspunkt:	6 Finanzautonomie der Ortsverbände
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

1 Präambel

Die Mitglieder der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind überzeugt, dass es zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele einer Organisation bedarf, die sich an Wahlen beteiligt und in den Parlamenten vertreten ist. Sie betrachten die parlamentarische Arbeit als ein Mittel unter anderen, getreu den Grundprinzipien – ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch und sozial – ihr oberstes Ziel, den Lebensschutz zu verwirklichen. Sie fühlen sich verpflichtet, stets für die Gesamtinteressen der Bevölkerung tätig zu werden und bei allen Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte vorrangig auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen und insbesondere für die kommenden Generationen bedacht zu sein. Die Offenheit zum Gespräch mit allen Personen und Gruppen, die sich in ihrem Wirken und Handeln mit den oben genannten Grundprinzipien in Einklang bringen lassen, gehört zum Selbstverständnis der Partei. Die unterschiedlichen Motive des jeweiligen Engagements werden anerkannt und toleriert, um die Offenheit, Lebensnähe und Vielfalt der grünen politischen Alternative zu bewahren.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet gelebte Demokratie, dass unsere jeweilige politische Arbeit in allen Gremien und im Parlament zeitlich begrenzt bleibt. Ein weiteres Grundprinzip von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, dass jede und jeder aktiv mitwirken und mitbestimmen kann, unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

§1 Name, Sitz und Zusammensetzung

1. Der Kreisverband führt den Namen "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Rotenburg/W.
2. Die Kurzbezeichnung lautet GRÜNE, KV Rotenburg/W.
3. Der Tätigkeitsbereich ist das Gebiet des Landkreises Rotenburg/W.
4. Der Kreisverband wird von den in seinem Tätigkeitsgebiet mit ihrem Wohnsitz ansässigen Mitgliedern gebildet. Bei mehreren Wohnsitzen kann ein Mitglied zwischen den Gebietsverbänden der Wohnsitze wählen.

§2 Mitgliedschaft

1. Mitglied kann werden, wer mindestens 14 Jahre alt ist, einen Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthalt im Bereich des Landkreises hat und sich zu den Grundsätzen und dem Programm von Bündnis 90/Die Grünen bekennt. Im Bereich des Landkreises lebende AusländerInnen und Staatenlose können Mitglied von

34 Bündnis 90/Die Grünen werden. Mit der Mitgliedschaft bei Bündnis 90/Die
35 Grünen ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in anderen Parteien oder die
36 Tätigkeit oder Kandidatur in anderen Parteien oder konkurrierenden
37 Wählervereinigungen unvereinbar.

- 38 2. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des für den Wohnsitz oder
39 ständigen Aufenthaltsort zuständigen Gebietsverband der jeweils untersten
40 Ebene. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Aufnahmebeschluss.
- 41 3. Gegen eine Ablehnung kann der/die Abgelehnte Einspruch bei der zuständigen
42 Mitgliederversammlung einlegen, die mit einfacher Mehrheit entscheidet.
- 43 4. Die Mitgliedschaft besteht grundsätzlich in dem Gebietsverband des
44 Wohnortes oder des gewöhnlichen Aufenthaltsortes und geht bei deren
45 Wechsel auf den neuen Gebietsverband über. Bei mehreren Wohnsitzen besteht
46 ein Wahlrecht des Mitglieds. Auf begründeten Antrag des Mitglieds können
47 Ausnahmen vom Wohnort- bzw. Aufenthaltsprinzip zugelassen werden. Darüber
48 entscheidet der Vorstand des Gebietsverbandes, in dem die Aufnahme
49 gewünscht ist.

50 §3 Beendigung der Mitgliedschaft

- 51 1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss (gemäß § 5 Nr. 1 der
52 Satzung des Landesverbandes), Streichung aus der Mitgliederliste oder Tod.
- 53 2. Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand des für den Wohnsitz
54 oder ständigen Aufenthaltsortes zuständigen Gebietsverbands der jeweils
55 untersten Ebene zu erklären.
- 56 3. Zahlt ein Mitglied länger als drei Monate nach der vereinbarten Fälligkeit
57 keinen Beitrag, so gilt dies nach Ablauf eines Monats nach Zustellung
58 einer zweiten Mahnung als Austritt. Auf diese Folge muss in der zweiten
59 Mahnung hingewiesen werden.

60 §4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 61 1. Jedes Mitglied hat das Recht, an der politischen Willensbildung der Partei
62 im Rahmen von Gesetz und Satzung teilzunehmen, insbesondere durch die
63 Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts innerhalb der Partei,
64 Teilnahme an Mitgliederversammlungen, Teilnahme an Veranstaltungen höherer
65 Gebietsverbände und Beteiligungen an Aussprachen, Abstimmungen sowie durch
66 Stellung von Anträgen im Rahmen der Satzung. Jedes Mitglied hat das Recht,
67 sich mit anderen Mitgliedern in Fachgruppen eigenständig zu organisieren;
68 dies gilt insbesondere für Frauen und Minderheiten. Die Bildung solcher
69 Gruppen dient der politischen Meinungsbildung innerhalb von Bündnis 90/Die
70 Grünen. Sie sind nicht berechtigt, selbständig öffentliche Erklärungen für
71 die Grünen abzugeben. Über Gründung und Zielsetzung müssen die Mitglieder
72 informiert werden.
- 73 2. Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundsätze der Partei zu vertreten,
74 sich für ihre im Programm festgelegten Ziele einzusetzen, sowie die

75 satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Parteiorgane anzuerkennen und die
76 Mitgliedsbeiträge pünktlich zu entrichten.

77 §5 Mitgliederversammlung

- 78 1. Oberstes Organ des Kreisverbandes ist die Mitgliederversammlung. Eine
79 Mitgliederversammlung findet mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. Sie
80 ist auf Beschluss des Kreisvorstandes, der KMV oder auf schriftlichen
81 Antrag eines Zehntels der Mitglieder des Kreisverbandes unter Angabe der
82 Tagesordnungspunkte vom Vorstand einzuberufen.
- 83 2. Mitgliederversammlungen sind mit einer Frist von vierzehn Tagen
84 (Postausgang) vom Vorstand einzuberufen. Mit der Ladung ist die vorläufige
85 Tagesordnung bekannt zu geben. Die Einladung per E-Mail ist zulässig,
86 außer das Mitglied widerspricht oder hat keine Email Adressen.
- 87 3. Die Ladungsfrist kann aus zwingenden mit der Einladung bekanntzugebenden
88 Gründen verkürzt werden.
- 89 4. Die Mitgliederversammlung ist bei Anwesenheit von 10 % der
90 stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig. Die Beschlussfähigkeit wird
91 zu Beginn der Sitzung festgestellt. Ist eine Mitgliederversammlung nicht
92 beschlussfähig, so ist eine innerhalb von 4 Wochen erneut einzuberufende
93 Mitgliederversammlung in denselben Tagesordnungspunkten in jedem Fall
94 beschlussfähig.
- 95 5. An der Mitgliederversammlung können Nichtmitglieder teilnehmen. Auf Antrag
96 können Nichtmitglieder von der Teilnahme ausgeschlossen werden.
- 97 6. Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen. Dieses ist
98 von mindestens einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen. Eine
99 elektronische Unterschrift ist zulässig.
- 100 7. Satzungsänderungen sind mit der Einladung anzukündigen. Sie können nicht
101 auf einer KMV mit verkürzter Ladungsfrist beschlossen werden.
- 102 8. Die Mitgliederversammlung kann sich eine Geschäftsordnung geben.

103 §6 Beschlussfassung

- 104 1. Stimmberechtigt sind alle anwesenden Mitglieder des Kreisverbandes.
- 105 2. Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst.
106 Für Satzungsänderungen ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden
107 stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Eine geheime Abstimmung wird
108 durchgeführt auf Antrag von 1/3 der anwesenden Mitglieder.

109 §7 Wahlen

- 110 1. Die Wahlen der Vorstandsmitglieder und der Delegierten sind geheim. Bei
111 den übrigen Wahlen kann offen abgestimmt werden, wenn sich auf Befragen
112 kein Widerspruch erhebt.

- 113 Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Bei
114 einem erforderlichen zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die meisten Stimmen
115 erhält, mindestens aber von 25 Prozent der Abstimmenden gewählt wurde. Bei
116 Stimmgleichheit wird eine Stichwahl durchgeführt. Ist auch diese ohne
117 Ergebnis, entscheidet das Los.
118 Für den zweiten Wahlgang werden nur KandidatInnen zugelassen, die im
119 ersten Wahlgang mindestens 10 % der abgegebenen Stimmen erhalten haben.
120 Wird im zweiten Wahlgang keinE BewerberIn gewählt, entscheidet die
121 Versammlung über das weitere Verfahren.
122 Wahlen in mehrere gleichartige Positionen können in einem Wahlgang
123 durchgeführt werden. Dabei hat jedeR Stimmberechtigte so viele Stimmen wie
124 Positionen zu besetzen sind. Gewählt sind dabei unter Beachtung der o.g.
125 Quoten die BewerberInnen, die die meisten Stimmen erhalten haben.
- 126 2. Die BewerberInnen auf Wahlvorschlägen des Kreisverbandes und ihre
127 Reihenfolge müssen von den zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens
128 wahlberechtigten Mitgliedern in geheimer Abstimmung bestimmt werden.
129 Hinsichtlich der Einzelheiten der Durchführung sind die einschlägigen
130 Rechtsvorschriften einzuhalten.

131 §8 Vorstand

- 132 1. Voraussetzung für die Wahl in den Kreisvorstand ist die Mitgliedschaft in
133 dem jeweiligen Kreisverband.
- 134 2. Der Vorstand besteht aus:
135 zwei Vorsitzenden,

- 136 dem/der KassiererIn
137 und zwischen 3 und 5 BeisitzerInnen
- 138 3. Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung direkt in
139 ihre Funktion gewählt.
- 140 4. Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder beträgt zwei Jahre. Sie bleiben bis
141 zur Wahl eines neuen Vorstandes im Amt. Die Wiederwahl ist zulässig.
- 142 5. Mitglieder des Vorstandes dürfen nicht in einem Beschäftigungsverhältnis
143 mit dem Kreisverband stehen.
- 144 6. Die Vorstandsmitglieder sind jederzeit abwählbar. Eine Abwahl ist nur in
145 Verbindung mit einer Neuwahl zulässig. Der Antrag ist mit der Tagesordnung
146 bekannt zu geben.
- 147 7. Der Vorstand erstattet der Mitgliederversammlung jährlich Bericht über
148 seine Tätigkeit.
- 149 8. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner
150 Mitglieder anwesend ist.
- 151 9. Der Vorstand leitet den Kreisverband und führt dessen Geschäfte nach
152 Gesetz und Satzung. Er vertritt den Kreisverband nach außen.
- 153 10. Soweit Arbeitsverhältnisse begründet werden, obliegen ihm die Ausübungen
154 der Arbeitgeberfunktionen.
- 155 11. Die Kreisvorsitzenden vertreten in prozess- und verfahrensrechtlichen
156 Fragen, sowie gegenüber Kreditinstituten den Kreisverband nach außen. Die
157 Vertretung kann durch eine Geschäftsordnung geregelt werden.
- 158 12. Der Vorstand ist berechtigt, sich jederzeit über die Angelegenheiten
159 nachgeordneter Verbände und Parteigremien zu unterrichten. Er kann diese
160 zur Rechnungslegung verpflichten
- 161 13. Die Sitzungen des Vorstandes sind offen für alle Mitglieder, wenn nicht
162 der Kreisvorstand für einzelne Tagesordnungspunkte anderes beschließt.
163 Sitzungstermine und Tagesordnung werden jedem Mitglied auf Anfrage
164 mitgeteilt.

165 §9 Teilhabe von Frauen (Frauenstatut), Kinderbetreuung

166 Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ist ein politisches
167 Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Mindestquotierung von Ämtern und Mandaten
168 ist eines der Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Von dem Begriff „Frauen“
169 werden alle erfasst, sie sich selbst so definieren.

170 Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist die Anerkennung
171 geschlechtlicher Vielfalt ein Ziel von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Trans*, inter und
172 nicht-binäre Menschen sollen in unserer Partei gleichberechtigte Teilhabe

173 erhalten. Alle Gremien und Versammlungen sind dazu angehalten, dieses Ziel zu
174 achten und zu stärken.

175 1. Wahllisten zu Kommunalwahlen sind grundsätzlich alternierend mit Frauen
176 und Männern zu besetzen, wobei den Frauen die ungeraden Plätze zur
177 Verfügung stehen. Bei Wahlen mit unterschiedlichen Wahlbereichen sollten
178 auch die Spitzenplätze paritätisch besetzt werden. Frauen können auch auf
179 den geraden Plätzen kandidieren. Reine Frauenlisten sind möglich. Sollte
180 keine Frau für einen Frauen zustehenden Platz kandidieren bzw. gewählt
181 werden, entscheidet die Wahlversammlung über das weitere Verfahren. Bei
182 mehreren Wahlbereichen ist bei den aussichtsreichen Plätze die
183 Mindestquotierung zu erreichen. Maßgabe dafür, welche Plätze
184 aussichtsreich sind, ist das letzte Kommunalwahlergebnis. Die Frauen der
185 Wahlversammlung haben diesbezüglich ein Vetorecht entsprechend Abs. 5.

186 2. Die auf Kreisebene zu besetzenden Gremien sind mindestens zur Hälfte mit
187 Frauen zu besetzen. Ist nur eine Person zu entsenden, so ist durch
188 abwechselnde Entsendung von Männern und Frauen die Mindestquotierung zu
189 erfüllen. Sollte keine Frau für einen einer Frau zustehenden Platz
190 kandidieren bzw. gewählt werden, entscheidet die Mitgliederversammlung
191 über das weitere Verfahren. Die Frauen haben diesbezüglich ein Vetorecht
192 entsprechend Abs. 5. Bei der Wahl der Delegierten für
193 Landesdelegiertenkonferenzen sollen die Kreisverbände den Grundsatz der
194 Parität beachten.

195 3. Versammlungsleitungen übernehmen Frauen und Männer abwechselnd. Die
196 Versammlungsleitung hat ein Verfahren zu wählen, das das Recht von Frauen
197 auf die gleiche Anzahl von Redebeiträgen gewährleistet, ggf. durch
198 getrennte Redelisten (Reißverschlussprinzip).

199 4. Bei überörtlichen politischen Gremien sorgt der Kreisverband im
200 Zusammenwirken mit den anderen betroffenen Kreisverbänden dafür, dass die
201 Mindestquotierung der grünen VertreterInnen erfüllt wird.

202 5. Auf Mitgliederversammlungen wird zu Abstimmungsgegenständen auf Antrag
203 unter den Frauen ein Meinungsbild erstellt. Ergeben sich dabei abweichende
204 Mehrheiten, haben die Frauen ein einmaliges Vetorecht mit aufschiebender
205 Wirkung. Die zur Abstimmung stehenden Fragen werden auf der nächsten
206 Mitgliederversammlung erneut beraten.

207 6. Menschen mit Kindern, die in kreisweiten Gremien der Partei ein Amt
208 wahrnehmen, können auf Antrag im Rahmen des zur Verfügung stehenden
209 Haushaltstitels Kosten für Kinderbetreuung erstattet bekommen. Das
210 Verfahren regelt der Kreisvorstand.

211 §10 RechnungsprüferInnen

212 1. Die Mitgliederversammlung wählt zwei RechnungsprüferInnen. Die Amtszeit
213 beträgt 2 Jahre. RechnungsprüferInnen müssen Mitglied der Gliederung sein
214 und dürfen kein Vorstandsamt auf gleicher Ebene bekleiden.

215 §11 Beitrags- und Kassenordnung

- 216 1. Kreis- und Ortsverbände besitzen Finanz- und Personalautonomie.
217 Finanzangelegenheiten über die Satzung hinaus regelt die Beitrags- und
218 Kassenordnung. Sie ist ein Anhang der Satzung (Mehrheitsbeschluss der
219 KMV).

220 §12 Kreisarbeitsgemeinschaften

- 221 1. Kreisarbeitsgemeinschaften haben die Aufgabe, auf der Grundlage
222 parteiinternen wie externen Sachverständigen Themen programmatisch zu
223 bearbeiten, erarbeitete Positionen einer Beschlussfassung zuzuführen, den
224 Kreisvorstand und die MandatsträgerInnen im Landkreis zu beraten sowie die
225 Diskussion und Politik in Kreis- und Ortsverbänden anregend zu
226 unterstützen sowie Positionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in anderen
227 Zusammenhängen zu vertreten.
228 Die KAG'en sind die Schnittstelle zwischen Partei und Initiativen,
229 Verbänden, Vereinen. Sie pflegen im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN
230 Kontakte mit Organisationen und Gruppen außerhalb der Partei und treten
231 nach Abstimmung mit dem Kreisvorstand an die Öffentlichkeit.
- 232 2. Kreisarbeitsgemeinschaften oder ihre Mitglieder haben nur mit
233 schriftlicher Zustimmung des Kreisvorstandes das Recht, im Namen oder zu
234 Lasten des Kreisverbandes Verträge abzuschließen.
- 235 3. Weiteres bestimmt ein von der KMV zu beschließendes KAG-Statut.
- 236 4. Über die Einrichtung und Auflösung von Kreisarbeitsgemeinschaften
237 entscheidet der die KMV. Näheres regelt das KAG-Statut.

238 §13 Übergangs- und Schlussbestimmungen

- 239 1. Die Satzung tritt am Tage nach der beschließenden Mitgliederversammlung in
240 Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung außer Kraft.
- 241 2. Soweit diese Satzung keine Bestimmungen enthält, ist die Satzung des
242 Landesverbandes Niedersachsen sinngemäß anzuwenden. Dies bezieht sich
243 insbesondere auf die Durchführungen von Urabstimmungen, die Schiedsordnung
244 sowie die Beitrags- und Kassenordnung.

Begründung

Unsere Kreissatzung ist seit 2012 nicht mehr angepasst worden. In Abstimmung mit dem Landesverband (LV) stellen wir den Antrag, die Satzung an die KV-Mustersatzung des LV anzupassen.

Durch die Einführung der Geschäftsordnung für KMVen, der Finanzautonomie und der Regelung für die Kreisarbeitsgruppen ist die Änderung der Satzung erforderlich.

ACHTUNG: Am 25.02.2020 wurde der Satzungsvorschlag nochmal angepasst. Aufgrund des - im Bund beschlossenen - neuen Frauenstatut musste der §9 "Teilhabe von Frauen (Frauenstatut), Kinderbetreuung" neu gefasst werden.